



Umtausch ausgeschlossen – das Leipziger Einheits- und Freiheitsdenkmal *von Ansgar Maria König*



Als die Bundesregierung auf die Idee kam, in Leipzig ein Denkmal zur Friedlichen Revolution 1989 zu errichten, hat wohl niemand geahnt, dass dieses Geschenk doch auf eine gewisse Gleichgültigkeit bei den Bürgern stößt. Einheits- und Freiheitsdenkmal. Oder vielleicht doch umgekehrt?

Schon die Namensgebung empfinde ich als kompliziert. Auch inhaltlich dürfte die Aufgabe schwierig werden, denn die doppelte Aufgabenstellung ist nicht

einfach umzusetzen. Nun haben wir in Deutschland kein ungetrübtes Verhältnis zu Denkmälern. Reiterstatuen, Heldendenkmäler, Mahnmäler und in Leipzig natürlich das Völkerschlachtdenkmal fallen einem ein. Das Einheits- und Freiheitsdenkmal soll nun ein positives seiner Art werden. In Amerika käme man sofort auf die New Yorker Freiheitsstatue – immerhin auch ein Geschenk! Als wir im September 1989 vor der Nikolaikirche dem WIR WOLLEN RAUS! unser WIR BLEIBEN HIER!

entgegensetzten, da hatte dies bei mir etwas mit Trauer und Verzweiflung zu tun. Viele Freunde hatten das Land verlassen, weil sie keine Zukunft mehr in der DDR sahen. Ich wollte bleiben und diesem Staat mitteilen: „Ihr vertreibt die Besten, aber nicht alle. Ich will mich wehren, denn es ist unsere Heimat, aus der ihr meine Freunde vertreibt!“ Die dynamischen Ereignisse fanden in der Wiedervereinigung einen vorläufigen Abschluss. Doch jeder, der dabei war, bewahrt sich eigene emotionale Momente.

INHALT

Veränderungsbedarf in der Verwaltung	5
Sportbäder – Rettungsplan steht	6
Zuzugsbonus für Studenten wird gekürzt	7
Umweltzone auch für Flugzeuge!	8
Aktuelles aus der Stadtentwicklung	9
Bürgerbeteiligung nicht gewollt	10
Redlichkeit in der Finanzpolitik	11
Bürgerhaushalt reformbedürftig	12
Vorschlagswesen für mehr Umweltschutz	13
Neue Sitzgelegenheiten Innenstadt	14
Ratsspieß	15

Wie es um die aktuellen Kürzungsdebatten im Jugendhilfebereich bestellt ist und welche vielfältigen Facetten zu beachten sind, berichtet Annette Körner auf Seite 2

Welche interessanten medialen Seiten wir beim Bürgerradio „Radio Blau“ entdecken können und warum es für ihn so wertvoll ist, erklärt Bert Sander (WVL) auf Seite 3

Welcher dramatische Sanierungstau an den Leipziger Schulen besteht und welche Aufgaben sich für die Stadt daraus herleiten, betrachtet Katharina Krefft auf Seite 4

Was soll da ein Denkmal? Ich brauche keines. Es ist für mich einfach schwer vorstellbar, wie man diese gefühlsbeladenen unterschiedlichen Erinnerungen materialisieren will und ich befürchte, dass meine privaten – und hier hat jeder seine ganz eigenen – Erinnerungen banalisiert, egalisiert und trivialisiert werden.

Trotzdem bin ich nicht gegen ein Denkmal. Letztlich überzeugt hat mich ein Jugendworkshop der Stadt Leipzig. Jugendliche aus Leipzig und den Partnerstädten arbeiteten gemeinsam zu diesem Thema. Die Ergebnisse waren sehr spannend, denn die Jugendlichen, die 1989 zwar nicht erlebt haben, haben doch ihre Vorstellungen von den Ereignissen damals. Aus den Ergebnissen kann man auch so etwas wie Stolz heraushören auf das, was damals hier passiert ist.

Warum also nicht? Generationen von deutschen Kindern und Jugendlichen mussten immer auf Diktaturen, Kriege, Herrschaftsansprüche und vor allem furchtbare Verbrechen ihrer Elterngenerationen zurückschauen. Und hier ist endlich etwas, worauf sie stolz sein können. Es ist ein Signal für spätere Generationen: Auch das 20. Jahrhundert hatte seine Sternstunden. Die landläufige Meinung, man könne das Geld doch für wichtigere Dinge wie Straßen einsetzen, ist sachlich falsch und auch kleinkrämerisch. Denn es sind zweckgebundene Mittel. Und unsere Kinder und Enkel werden sich bestimmt nicht an ein paar gestopfte Straßen erinnern. Uns, die wir 1989 dabei waren, reichen vielleicht die persönlichen Erinnerungen. Doch die nachfolgenden Generationen werden etwas brauchen, was sie anschauen können und dabei vielleicht sagen: „Die Leipziger waren doch schon immer großartige Menschen.“

Neues aus dem Stadtrat

Die **Fußgängerampel in der Karl-Tauchnitz-Straße** ist in Betrieb. Es soll an dieser Stelle erlaubt sein, sich zu freuen, denn der von uns ewig lang begleitete und vorangetriebene Prozess findet ein gutes Ende. Mit der angebrochenen schönen Jahreszeit wird die Ampel ihrem Zweck ohne Unterlass dienen: Kindergruppen, RadfahrerInnen und SpaziergängerInnen sicher aus dem Clara-Park bzw. in den Clara-Park hinüber zu geleiten. Zugleich wird die ganze Straße etwas entschleunigt.

Jugendhilfeplanung auf dem Prüfstand

von Annette Körner



Erfolgreich engagierten wir uns gegen die Schließung der offenen Kinder- und Jugendtreffs im Werk II (Halle 5 e. V.) und im Bachviertel (Baff e. V.)! Die Arbeit der „Villa“ in der Lessingstraße bleibt gefördert und der Stadtgarten mit seiner Umweltbildungsarbeit ist gerettet!

Die Mehrheitsfindung in der Haushaltsdebatte erforderte Kompromisse und die Finanzierung bleibt knapp. In den nächsten Monaten erfolgt nun auch eine Überarbeitung des Fachplans der Kinder- und Jugendförderung. Auf dem Prüfstand stehen sämtliche Angebote, ihre Qualität, ihre Nachfrage und die Bedürfnisse und damit in Folge die Prioritäten bei der Finanzierung der Jugendhilfe. „Versorgungsräume“ und Förderschwerpunkte werden neu festgelegt. Steigende Personalkosten bei geringeren finanziellen Zuschüssen, de-

mografische Entwicklungen und soziale Veränderungen in den Stadtteilen verlangen die Neuplanung. Die Verwaltung ist durch Beschluss beauftragt, die Freien Träger ebenso wie die Stadträte stärker als bisher und effektiv mit einzubeziehen, nachdem die Auftaktveranstaltung zunächst offene Fragen hinterließ. Im Unterausschuss hat die Beratung zu den jugendpolitischen Schwerpunktsetzungen begonnen. In die Betrachtung fallen die Auswirkungen der sinkenden Geburten nach 1990, Geburtenzuwächse in den letzten Jahren und z. B. auch die örtlich ungleich verteilte materielle Armut von Kindern und Jugendlichen. Migrationsanteile und Integrationsbedarfe prägen sich in den Stadtteilen verschieden aus, und geschlechtspezifische Entwicklungssymptome und Rahmenbedingungen in der Jugendarbeit ändern sich. Zu klären ist, für wen welche Angebote jetzt und zukünftig bereitgestellt werden, wo Kinder und Jugendliche Unterstützung benötigen und in welcher Form. Aber auch die Trägerlandschaft und die kommunalen Angebote müssen sich den Entwicklungen stellen sowie den Bedarfen einerseits und den Finanzierungsmöglichkeiten andererseits anpassen. Dabei ist gegenseitiger Respekt für die Arbeit, aber auch für die Bedürfnisse der Zielgruppen bei der Planung geboten, damit Meinungsverschiedenheiten und fortwährend knappe Kassen nicht zur Resignation führen. Leipzig ist ein urbaner Raum mit überaus vielfältigen Potenzialen. Dies sollte sich auch in Zukunft in der Jugendhilfelandschaft widerspiegeln.

bestehenden Plätze immer wieder auch Systemfehler auf. Nachdem der Stadtrat bereits im Dezember 2009 einen bündnisgrünen Antrag beschlossen hatte, nach den folgenden Verwaltungsvorlagen und einem eigens eingerichteten Beirat sollten für diese Probleme Lösungen gefunden werden. Erst jetzt im Februar wurde das neue Portal freigeschaltet. Mehr Plätze als vorhanden kann es nicht bieten, aber die Suche sollte nun besser möglich sein und Reservierungen sicherer. Zugleich sollten Eltern sich nicht scheuen, auch ihre Probleme weiter der Verwaltung und natürlich gern auch uns zu schildern.

KiTa-Portal

www.meinkitaplatz-leipzig.de überarbeitet!

Endlich, nach unseren Beschlüssen und monatelanger Überarbeitung bietet die Stadt das Such- und Reservierungsportal für Plätze in Kindertagesstätten mit neuen Zusatzfunktionen und erweitert um Tagespflegeplätze an. Eltern vermisten bisher eine Rückmeldung über freigewordene Plätze oder transparente Wartelisten sowie die Einarbeitung von Tagespflegeplätzen. Das städtische Suchportal wies bisher für die Tausenden

Leipzig macht Blau oder: Hört Bürgerradio!

von Bert Sander (WVL)

Wir umpflegen in unserer Stadt nicht wenige hochsubventionierte Kultureinrichtungen, wir haben eine Oper, eine Musikalische Komödie, das Gewandhaus und zahlreiche städtische Theaterbühnen. Wir haben allerdings nur ein freies Bürgerradio – und das auch nur noch mit Ach und Krach.

Radio Blau steht im Vergleich zu diesen honorigen Häusern nur am Rand, aber das ist es ja gerade, Kultur wächst nämlich immer auch von ihren Rändern her. Um einen in der letzten Zeit oft gehörten Vorwurf gegenüber Radio Blau zu begegnen: Dieses Radio ist weder extremistisch noch anarchistisch, was man vielleicht aber sagen kann, allerdings ist es dilettantisch. Radio Blau ist nicht – wie manche Stadträte meinen – anarchistisch, eher ist es chaotisch oder positiver ausgedrückt: spontan. Schon gar nicht aber ist besagtes Radio als in irgendeiner Weise politisch extremistisch zu denunzieren. An dieser Stelle sei daran erinnert, dass Radio Blau im Dezember 2010 der Demokratiepreis der SPD-Landtagsfraktion zugesprochen wurde.

Aber gerade die Unprofessionalität macht dieses Radio im Vergleich zu zahlreichen privaten, aber auch zu vielen öffentlich-rechtlichen Stationen um einiges erträglicher. Bedeutet doch die sogenannte Professionalität oft nicht mehr oder weniger als die mehr oder weniger gekonnte (professionelle) Kommerzialisierung bzw. Vermarktung von sonst- und irgendeinem Zeug und die Verbreitung von Ödnis bzw. Langeweile. Sicher, bei Radio Blau sind Amateure am Werk; die aber veranstalten in einer von Quote, vom musikalischen Mainstream bzw. von Modedeppen befreiten Zone allerdings höchst lebendiges, abwechslungsreiches, kurz, hörenswertes Radio.

In seiner ursprünglichen Bedeutung bezeichnet der Ausdruck „Dilettant“ nichts weiter als einen Nichtfachmann, der ein bestimmtes Fach in Kunst oder Wissenschaft oder wo auch immer ohne institutionell attestierte Voraussetzung allein aus Leidenschaft, aus Liebhaberei betreibt. Dilettantismus stand nicht immer in einem schlechten Ruf. Erst mit der öffentlichen Propagierung bzw. Zurschaustellung von sogenanntem

Experten- und Spezialistentum wird er als anmaßende Stümperei abgestempelt, die ohne wissenschaftliche Fundierung meint auskommen zu können. Dabei zeichnet sich der heute gerne zum Nichts-Könnler abqualifizierte Dilettant durch Wagemut, Unbefangenheit, durch eine gewisse Unverfrorenheit aus: Er schert sich nicht um die von den qualifizierten Vertretern bestimmter Disziplinen sorgsam verteidigten Aus- und Abgrenzungen. Und daher ist er also, eben weil er keiner Fachdisziplin angehört, ein Disziplinloser.

Genau diese Disziplinlosigkeit aber zeichnet den Enthusiasten, den Liebhaber, den Phantasten, den Spinner, den Amateur, sprich, den Dilettanten aus. Ist das nicht allemal achtbar und der Förderung wert? Wie schreibt der Soziologe Max Weber doch: „Denn nichts ist für den Menschen als Menschen etwas wert, was er nicht mit Leidenschaft tun kann.“



Noch am Rande, gerade wir Stadträte, die wir ja nebenberuflich in zahlreichen Fachausschüssen sitzen, sollten dem Dilettantismus gegenüber Wohlwollen zeigen, denn er ist auch uns zu einem nicht geringen Maße eigen. Politiker können überhaupt nicht anders, als geradezu einem gehobenen Universaldilettantismus zu frönen. Daher "Mut zum Dilettantismus", denn der ist in vielerlei Hinsicht die Voraussetzung für Kreativität, Produktivität und neue Ideen.

Ich weiß ja, es steht mir nicht zu, aber nichtsdestoweniger, lassen sie es mich mal so sagen: Wenn ich entscheiden müsste, Hand aufs Herz, ich würde lieber einen der allzuvielen professionell aufdringlichen Frohsinnssender einsparen als Radio Blau, immerhin das letzte und einzige freie Bürgerradio der Stadt.

Neues aus dem Stadtrat



Unser hochgeschätzter und beliebter Stadtratskollege der Wählervereinigung Leipzig e. V. (WVL) **Arnold Winter** musste leider sein Mandat aus gesundheitlichen Gründen zurückgeben. Der nachrückende neue Mandatsträger, Herr Udo Berger, hat sich gegen die ausdrückliche Vorgabe der Mitgliederversammlung der WVL der CDU-Fraktion angeschlossen, auch da der für eine Zusammenarbeit wesentliche politische Grundkonsens zwischen der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen und ihm nicht besteht. Wir danken Arnold Winter herzlich für sein stets engagiertes und kompetentes Mitwirken in unserer Fraktion zum Wohle unserer Stadt. Wir wünschen ihm auch von dieser Stelle Wohlergehen und viel Gesundheit!

Die **Stelen zu Ereignissen der Friedlichen Revolution 1989** sind da! An zahlreichen original-historischen Brennpunkten in und um die Innenstadt präsentiert das Bürgerkomitee Leipzig e. V. die Spuren der Friedlichen Revolution. Mit griffig-erläuternden Texten und aussagefähigem originalem Bildmaterial werden die Ereignisse auf dem Weg zur Friedlichen Revolution erläutert.

Man denke beispielsweise an die Friedensgebete und die anschließenden Demonstrationen auf dem Nikolaikirchhof, an das Straßemusikfestival, die Besetzung der Zentrale für Staatssicherheit „Runde Ecke“ oder den Pleiße-Pilgerweg. Damit wurde ein weiterer Bestandteil unseres Vorschlagskataloges zur „Friedlichen Revolution 1989 – erinnern und bewahren“ mit Leben erfüllt.

Not der Schulen gewinnt an Aufmerksamkeit

von Katharina Krefft



Mit „Investitionen in Schulen – eine zentrale Herausforderung an die Kommunalpolitik“ ist eine aktuelle Vorlage überschrieben. Nach der jahrelang erhobenen Forderung, die Leipziger Schulen baulich zu ertüchtigen, kommt hieran keine Fraktion mehr vorbei. Die steigenden Schülerzahlen machen das Problem noch greifbarer.

Schulen sind nicht nur unsaniert und es fehlt das Geld für Werterhaltung und Havariebeseitigung. Wir müssen auch Geld in die Hand nehmen, um bedarfsgerecht Schulen einzurichten. 2010 wurde eine Containerschule im Zentrum Nordwest eingerichtet, um in Mitte die Grundschulkapazität anzupassen. In den nächsten drei Jahren brauchen wir im Zentrum zwei bis drei weitere Grundschulen! Weder gibt es Grundstücke noch Geld für Neubauten. Zu allem Unbill streicht das Land seine Fördermittel zusammen: 2011 und 2012 stehen nur 90 Mio. € zur Verfügung – für ganz Sachsen!

Das Schulverwaltungsamt in Leipzig bewirtschaftet 300 Liegenschaften, davon 65 Grundschulen, 22 Mittelschulen, 15 Gymnasien, 15 Förderschulen, eine Gemeinschaftsschule sowie elf Berufsschulzentren und 55 Horte. Seit 1991 wurden 300 Mio. € investiert. Dabei zeigt sich eine ungleiche Verteilung über die Jahre mit einer Delle zwischen 2000 und 2006, der Dezernatsamtszeit des heutigen OBM. Damals bewarb sich die Stadt Leipzig um die olympischen Spiele, der Beauftragte dafür war eben genannter. Den Verzug bei den Schulsanierungen haben wir bis heute nicht aufgeholt. 170 Standorte sind heute teil saniert, 430 unsaniert, für zehn sind Neubauten erforderlich. In 60 % der Schulen ist ein umfangreiches

Modernisierungsprogramm nötig. Damit die veralteten Standorte sinnvoll betrieben werden können, aber auch für die Pflege wie z. B. einer Lasur an neuen Fenstern, sind Mittel zur Werterhaltung unverzichtbar. Doch diese werden seit zehn Jahren erbarmungslos zusammengestrichen. 10,4 Mio. € müssten dafür jährlich bereitgestellt werden; 2001 waren es immerhin noch 9,9 Mio. €, dann schmolz der Betrag – 2011 wurden nur 5,4 Mio. € eingestellt. Ein Antrag unserer Fraktion auf Verdoppelung mit dem Verweis, dass die Deckung für andere investive Maßnahmen verwandt wird, fand bei den anderen Fraktionen und der Verwaltung keine Unterstützung. Damit werden weiterhin nur notdürftig unabwendbare Reparaturen bestritten.

Die Strategie der Stadt sieht nun vor, die Standorte nach Prioritäten zu bewerten. Ein ziemlich transparentes Verfahren, bei dem zuvörderst schulnetzplanerische Bedeutung, Sicherheits- und baulicher Zustand, dann Raumkapazität und Bedeutung für die Stadtentwicklung gewichtet werden. Es wurden dann auch noch verschiedene Szenarien gegenübergestellt: Je nachdem, wie die Investitionsmittel bereitstehen, wird es beim Einsatz von jährlich 35 Mio. € 16 Jahre, bei jährlichen 16 Mio. € bis zu 36 Jahre dauern, bis alle Schulen einmal durchsaniert sind. Der Investitionshaushalt 2011 sieht ganze 11,6 Mio. € vor! Es ist nicht erkennbar, dass wir in nächster Zukunft in nennenswerten Größenordnungen investieren können. Somit müssen wir uns darauf einstellen, dass viele Schulgebäude in unsaniertem Zustand bestehen bleiben. Wesentlich ist für mich, dass die Funktionalität, Variabilität und die Sicherheit für einen integrativen, zeitgemäßen und schulorganisatorisch reichslosen Unterricht gegeben sind.

Darüber hinaus sehe ich keinen Sinn darin, durch Sanierung das dreigliedrige Schulsystem in Stein zu meißeln. Für eine bildungsgerechte und inklusive Beschulung werden wir Schulen brauchen, die differenzierte Raumgrößen, ganztägige rhythmisierte Unterrichtsformen und ansprechende Gestaltung vereinen. Aber diese Fragen geraten in den Hintergrund, wenn die Schulverwaltung von nackter Not und steigenden Schülerzahlen vorwärts getrieben wird.

Neues aus dem Stadtrat



Für 30 Mio. € wird Leipzigs höchstklassiger Fußballverein **RB Leipzig** ein Trainingszentrum am Cottaweg, also genau gegenüber dem Stadion, errichten. Letztlich haben auch wir Bündnisgrünen im Stadtrat mehrheitlich dem Vorhaben zugestimmt. Der Standort, den die Stadtverwaltung dem Verein dringend ans Herz gelegt hatte, ist nicht optimal. RB Leipzig und die Leipziger Umweltverbände konnten sich in Verhandlungen aber auf verschiedene Forderungen der Umweltverbände einigen. Somit erwarten diese und auch wir, dass sich die Situation am Cottaweg, die auch im Moment in Bezug auf den Auwald alles andere als ideal ist, durch die Investition sogar verbessern kann. Auch die geplante Verkehrsanbindung, die stark kritisiert worden war, wurde von der Verwaltung noch einmal geändert. Die „grünen Gegner“, wie sie in der LVZ genannt wurden, haben also sehr erfolgreich das Vorhaben mit konstruktiver Kritik begleitet. Allerdings gab und gibt es weiterhin Vorbehalte in der Fraktion gegen das Vorhaben: Um die Investition zu ermöglichen, wird ein Erbbaurechtsvertrag zwischen der Stadt und RB Leipzig geschlossen. RB erhält also das Gelände, um darauf bauen zu können. Problematisch wird es jedoch, wenn RB sportlich nicht weiter vorankommt



und Red Bull, als Investor hinter RB Leipzig, die Geduld und das Interesse verliert. Wenn sich Red Bull zurückziehen sollte, würde der Verein RB Leipzig in Insolvenz gehen und die Stadt müsste in diesem Fall, um das Gelände am Cottaweg zurückzuerhalten, die Grundschulden ablösen, also mehrere Mio. € an den Insolvenzverwalter zahlen. Es ist kaum davon auszugehen, dass die Stadt dieses Geld zur Verfügung haben würde. Dann würde, wie im Fall des Bruno-Plache-Stadions im Rahmen der Insolvenz des VfB Leipzig, die Stadt auf das Rückfallrecht verzichten müssen, und das Gelände wäre für die Stadt verloren. Dieses

Das Schiff „Verwaltung“ droht in schwerer See zu sinken. Ballast abwerfen!

von Malte Reupert



Der Städtische Haushalt für 2011 ist verabschiedet. Möglich wurde dies erst durch Beschlüsse zu Vermögensverkäufen. Diese einmaligen Einnahmen retten den Haushalt allerdings nur für ein Jahr über sein strukturelles Defizit – danach fehlen zusätzlich die laufenden Einnahmen wie Mieten, Pachten oder Gewinne.

Aus genau diesem Grund hat unsere Fraktion umfangreiche Verpflichtungen zu einer in Zukunft nachhaltigen Haushaltspolitik in den Beschluss zur Ausschreibung der 49,9%-Anteile von HL-Komm und perdata hineingeschrieben. Damit unsere Fraktion einem tatsächlichen Verkauf der Anteile voraussichtlich Ende 2011 auch zustimmen kann, muss noch sehr viel mühselige, nichtsdestowe-

Szenario muss im Konjunktiv beschrieben werden und wird hoffentlich nie eintreten, aber dennoch sollten auch FreundInnen des Auwaldes vorsorglich zu RB-Fans werden. Denn was ein neuer Investor an dieser Stelle planen würde, der nicht so sehr auf eine positive öffentliche Meinung achten muss wie ein Fußballverein, ist (natürlich) ungewiss. Weiterhin umstritten ist auch die Notwendigkeit der Bebauung mit Büro- und Internatsgebäuden, da in direkter Umgebung des Stadions mehr als genug geeignete Objekte bereits vorhanden sind.

niger aber auch mutige Kleinarbeit zur Umsetzung im Rathaus beginnen. Der Leipziger Haushalt umfasst mehrere Bücher. An dieser Stelle soll der Blick auf den größten Kostenblock, die „Betriebskosten“ der Verwaltung beschränkt werden. Dieser Block umfasst geschätzte 35 bis 40 % des Gesamthaushaltes, davon sind allein 27 % (bezogen ebenfalls auf den gesamten Verwaltungshaushalt) Personalausgaben. Es ist dringend notwendig, auch diesen Bereich ohne Tabus kritisch zu durchforsten. Allerdings überfordert dessen Komplexität uns ehrenamtliche Stadträte bei Weitem, und der OBM beruft sich hier gern auf seine „Organisationshoheit“. Natürlich gab und gibt es immer wieder Konsolidierungsrunden; die Verwaltung war nicht untätig bei der internen Kostenbegrenzung.

Sehr umstritten ist jedoch das bis heute erreichte Niveau an Effektivität – und was nützen alle Beteuerungen aus dem Rathaus, wenn die BürgerInnen die Arbeit der Verwaltung im Alltag oft (nicht immer!) anders erleben? Besonders die Menschen, die nach eigenem Empfinden unter viel härteren Bedingungen in der freien Wirtschaft arbeiten müssen, erleben die Verwaltung nicht selten als eine ganz andere Welt, in der die Uhren langsamer ticken und der Chef zwar „meckern“, nicht aber kündigen darf. Diese Verhältnisse spalten gerade die ostdeutsche Gesellschaft auf der einen Seite in Menschen, die sicher leben und oft besser verdienen, weil sie im öffentlichen Dienst arbeiten, und

auf der anderen Seite in solche, die unter härteren Bedingungen weniger verdienen und dazu mit ihren Steuern auch noch die andere Seite finanzieren. Dies scheint mir ein ganz wesentlicher Grund für die sehr verbreitete Skepsis gegenüber Politik und Verwaltung zu sein.

Zusammengefasst: Die Verwaltung ist hinsichtlich ihrer Effektivität seit 1990 durchaus aus dem Keller ins Erdgeschoss gestiegen. Tritt man allerdings aus dem Rathaus heraus, ist man in Leipzig von vier- bis fünfgeschossigen Bürgerhäusern umgeben. Der Weg auf den Rathausurm liegt noch vor uns! Und bis dorthin darf es nicht noch einmal 20 Jahre dauern.

Folgerichtig hat unsere Fraktion dem FDP-Antrag, eine Unternehmensberatung mit der Struktur- und Effizienzprüfung der Verwaltung zu beauftragen, zugestimmt. Ein Gutachten allein ändert jedoch nichts. Die Verwaltung muss sich in ihrem Selbstverständnis und ihrer inneren Kultur selbst neu definieren und auf die BürgerInnen unserer Stadt in jeder Hinsicht zu bewegen, wenn sie die Aufgaben der nächsten Jahre meistern will.

Die feudalen Tugenden „Treue und Gehorsam“, die heute „Loyalität“ heißen, müssen einer konstruktiven Fehlerkultur und dem Prinzip einer permanenten Verbesserung von innen heraus weichen. Die Verwaltung muss lernen, ihre Prozesse produktorientiert zu gestalten und als vollwertiger Dienstleister für ihre BürgerInnen aufzutreten.

Der Arbeitsmarkt hat sich in den letzten Jahren stark gewandelt: Heute sind engagierte mittel- und hochqualifizierte Menschen sehr gesucht. Anspruch und Philosophie des „todsicheren“ Jobs bis zur Rente sind obsolet geworden, sie behindern alle Beteiligten in ihrer eigenen Entwicklung. Die Besetzung von Führungspositionen faktisch auf Lebenszeit ist zu einem „russischen Roulette“ zu Lasten der ganzen Stadt geworden: Die Fehlbesetzung z. B. einer Amtsleiterstelle kann die Tätigkeit des gesamten Amtes bis zum Renteneintritt des Betroffenen lähmen.

Veränderungen innerhalb der Verwaltung und in ihrem Umgang mit den BürgerInnen sind dringend notwendig. Dafür braucht Leipzig einen starken, visionären und zielstrebigem Kopf. Der allerdings muss erst noch gefunden werden.

Ebbe in Leipzigs Bädern

von Michael Schmidt



Die Ausarbeitung eines neuen Bäderleistungsfinanzierungsvertrages (BLFV) steht explizit für die Kurzsichtigkeit der Verwaltung. Seit der Ausgliederung der acht Leipziger Hallen- und fünf Sommerbäder und der Gründung der Sportbäder Leipzig GmbH (SBL) 2004 finanzierte sich die Gesellschaft mit einem jährlichen Zuschuss von 4,3 Mio. €.

Seit dem Stadtratsbeschluss zum Neubau des Sportbades an der Elster war allerdings klar, dass ein städtischer Zuschuss in dieser Höhe dauerhaft nicht reichen würde, da ab dem Jahr 2009 das für den Neubau aufgenommene KfW-Darlehen zurückgezahlt werden musste. Hier wurde es von Anfang an versäumt, eine frühzeitige Lösung zu finden. Aufgrund der nun fälligen jährlichen Rate von etwa 700 T € sowie massiv gestiegenen Lohn- und Betriebskosten sind die Sportbäder auf wesentlich höhere Zuschüsse als noch 2008 angewiesen.

Daher forderte der Stadtrat bereits 2009 die Aushandlung eines neuen BLFV. Reichlich zwei Jahre später, nachdem es der Stadtrat selbst war, der 2009 und 2010 im Rahmen der Haushaltsverhandlungen der SBL die dringend benötigten Mittel verschaffte, legte nun Bürgermeister Rosenthal ein Konzept für einen neuen BLFV vor. Um hier neue Aspekte einer effektiveren Bewirtschaftung der Leipziger Bäder ans Licht zu holen und in die zukünftige städtische Bezuschussung einzubeziehen, wurde im Vorfeld die städtische Beratungsgesellschaft BBVL mit der

Erstellung eines „externen Gutachtens“ beauftragt. Doch wer sich hierdurch einen großen Innovationsprung erhoffte, wurde enttäuscht. Die zentralen Vorschläge, welche die BBVL präsentierte und die von der Verwaltung aufgegriffen wurden, waren nichts anderes als die bekannten Schreckgespenster: Preiserhöhungen, Gehaltskürzungen und sogar die Schließung von zwei Sommerbädern. Dass Bürgermeister Rosenthal mit seinem Konzept bei den Stadträten aller Fraktionen Anfang März abblitzte, war die einzig logische Folge.

Nun steht die dringende Frage, wie man diese verkorkte Situation rettet und die Sportbäder wieder in ruhigere und zukunftssichere Gewässer führen kann. Wieder einmal ist es an den StadträtInnen, für die Verwaltung, für ein städtisches Unternehmen der Daseinsvorsorge und für die BürgerInnen die Kohlen aus dem Feuer zu holen.

Unser Vorschlag beinhaltet eine zusätzliche Investitionsspritze von je 150 T € für die Jahre 2011 und 2012, welche damit den jährlichen Zuschuss im Vergleich zum Verwaltungsvorschlag für zwei Jahre auf 5,15 Mio. € erhöhen würde. Hintergrund sind die bereits im Aufsichtsrat und auch öffentlich thematisierten Umbaupläne des Sommerbades Schönefeld. Dieses

Neues aus dem Stadtrat

Noch im Dezember beantragten wir, dass die Stadtverwaltung sich mit einer **Kampagne gegen Heizpilze** in Leipzigs Gastronomie engagieren solle. Zwar wurde uns von Stadtrat Engelman (Die LINKE.) „vorgeworfen“, dass unsere Klientel ja gerne draußen sitzen würde und wir deswegen den Verbotsantrag der Linken nicht konsequent unterstützen. Wir sind aber einfach skeptisch, solche Dinge zuerst über ein Verbot regeln zu wollen, welches dann kontrolliert werden müsste und für Unmut bei allen Beteiligten sorgen würde. Deswegen halten wir eine Kampagne, die zur freiwilligen Reduzierung oder gar Abschaffung der Heizpilze führen soll, für besser und sinnvoller. Da das Bewusstsein für ökologische Probleme steigt, ist es

Bad ist zwar eines der gut besuchten Sommerbäder in Leipzig, wegen seiner vier Becken und Größe allerdings verhältnismäßig teuer. Würde dieses Bad deutlich verkleinert und konzeptionell im Sinne eines Familienbades umgestaltet, ließen sich Personal- und Betriebskosten in einer Größenordnung von etwa 150 T € jährlich sparen, fast doppelt so viel, wie für den Weiterbetrieb des von der Schließung bedrohten Sommerbades Südost benötigt wird.

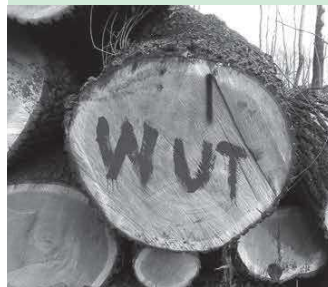
Unabhängig von diesem Vorschlag ist es wichtig, dass die Verhandlungen zu einem Haustarifvertrag zwischen der SBL und ver.di zu einem befriedigenden Ende geführt werden. Um das Ziel, alle Bäder zu erhalten, erreichen zu können, müssen auch die Arbeitnehmerschaft und die Gewerkschaft ver.di ihren Teil beitragen. Denn die in den vergangenen Jahren stetig gestiegenen Lohn- und Betriebskosten sind neben dem KfW-Darlehen die zentralen betriebswirtschaftlichen Belastungen der SBL.

So bleibt zu hoffen, dass sich der Sturm um den neuen BLFV endlich legt und die SBL mit einer vernünftigen und nachhaltigen Finanzierung wieder in sichere Gewässer geführt werden kann – mit einem familien- und sportlerfreundlichen Bäderangebot!

doch bestimmt möglich, auch zu vermitteln, dass in Heizpilzen verbrannte und mit zweifelhaftem Nutzen direkt in die Atmosphäre abgegebene fossile Energie ökologischen Wahnsinn darstellen. Warme Decken wären eine bessere Alternative. Schließlich sitzen wir und unsere Klientel ja alle gerne draußen.

Fast einstimmig hat der Stadtrat jetzt beschlossen, eine **„Informationsfreiheitssatzung“** zu erlassen. Die Stadtverwaltung will bis 30. Juli 2011 einen Entwurf vorlegen. Nunmehr wird ein neues Zeitalter eingeläutet, im Verhältnis und insbesondere in der Kommunikation zwischen den BürgerInnen Leipzigs und der Verwaltung. Mit einer solchen Satzung wird jeder/m interessierten BürgerIn Zugang zu allen Vorgängen in der

Kommune eingeräumt, die öffentlich gemacht werden können. Was in der kommunalen Verwaltung passiert, wird so für jede/n BürgerIn transparent und nachvollziehbar. Die Satzung gewährt jeder Person einen voraussetzungslosen Rechtsanspruch auf Zugang zu amtlichen Informationen. Der bisher notwendige Nachweis eines begründeten Interesses entfällt somit. Damit gewährt die Informationsfreiheit den BürgerInnen Einsicht in alle öffentlichen Informationen, welche nicht zurückgehalten werden müssen. Solche Ausnahmen betreffen z.B. den Schutz von besonderen öffentlichen Belangen, von behördlichen Entscheidungsprozessen, von personenbezogenen Daten oder des geistigen Eigentums sowie von Betriebs- oder Geschäftsgeheimnissen. Eine Revolution in der Verwaltung.



Baumfällungen auf Deichen: Als Reaktion auf das Winterhochwasser 2011 kennt die Landestalsperrenverwaltung wiederum nur eine Kurzschlussreaktion: Bäume fällen! Bis heute kreischen die Sägen auf den Deichen. Es wird nicht zwischen gesunden und kranken Bäumen unterschieden. Dem Zweck der Sicherheit werden Bäume sinnlos geopfert. Dabei ist nicht mal nachgewiesen, dass die Standsicherheit von Deichen durch Baumwurzeln grundsätzlich gefährdet ist. Es kommt auf den Baum an. Es gibt genügend Pflanzen, welche die Standsicherheit von Deichen erhöhen. Die Stadt Leipzig hat sich vollkommen zu Recht geweigert, unterschiedslos Bäume zu fällen, da den Flüssen in Leipzig ausreichend Überschwemmungsflächen zur Verfügung stehen. Die Zurücksetzung der Deiche und die natürliche Vernässung des Auenwaldes wären dagegen sinnvolle, nachhaltige Maßnahmen im Einklang mit geltenden Umweltschutzbestimmungen.

Zuzugsbonus für Studenten – Lockmittel oder Alibi?

von Norman Volger



Oder müsste der Titel nicht besser heißen: „Die Geschichte des Zuzugsbonus oder Wie die Stadtverwaltung die demografische und finanzielle Zukunft Leipzigs fahrlässig gefährdet“?

In der letzten Ratsversammlung schlug die Stadtverwaltung vor, den Zuzugsbonus für Studierende von derzeit halbjährlich 49 € auf einmalig 150 € zu senken. Leider stimmten dem Vorschlag alle anderen Fraktionen zu. Wir dagegen forderten eine Erhöhung des Zuzugsbonus auf die Höhe des aktuellen Semesterbeitrags von 92 €.

Der Zuzugsbonus ist eine finanzielle Leistung, die jede/r Studierende, der ihren oder seinen Hauptwohnsitz nach Leipzig verlegt, beantragen kann und ausgezahlt bekommt. Ursache für die Einführung vor vielen Jahren war das Interesse der Stadt, endlich über 500 T Einwohner zu wachsen und damit erhöhte Mittel vom Land Sachsen als Schlüsselzuweisung für jeden Einwohner zu erhalten. Dies wurde erreicht. Seitdem wächst Leipzig stetig auf mittlerweile über 520 T Einwohner. Daraus ergibt sich auch ein finanzieller Vorteil für die Stadt, da durch die Schlüsselzuweisung für jede/n neue/n LeipzigerIn jährlich ca. 500 € zusätzlich in die Stadtkasse gespült werden. Finanziell ist das ein Segen für die klamme Stadt.

Umso unverständlicher erscheint unter diesem Gesichtspunkt die Entscheidung, den finanziellen Anreiz zu senken und auf eine Einmalzahlung zu setzen. Vonseiten der Stadt wurde argumentiert, man müsse Kosten sparen (ca. 600 T € im Jahr) und daher den Bonus senken. Worauf man gar nicht einging und was man auch nie gegenrechnet, waren die Einnahmen aus den Schlüsselzuweisungen. Von einer Risikoabschätzung oder einem Bewusstsein seitens der Stadt fehlt hier jede Spur. Aber offensichtlich kann die Stadt ja auf

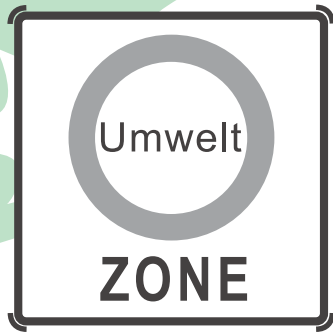
Geld verzichten. 150 € sind einfach kein Anreiz für Studierende, ihren Wohnsitz langfristig zu wechseln. Eine permanente Zahlung hingegen in einer angemessenen Höhe ist ein tatsächlicher Anreiz – das bestätigen auch Befragungen, die unsere Fraktion unter den Studierenden durchgeführt hat: ohne Anreiz keine Ummeldung. Ohne Ummeldung entstehen zwar auch keine Kosten, aber eben noch weniger Einnahmen. Die Schildbürger lassen grüßen.

Kann es sich die Stadt außerdem leisten, auf Zuzug zu verzichten? Offensichtlich schon. Auch wenn die Stadt von gleichen Studierendenzahlen in den nächsten Jahren ausgeht, heißt das nicht automatisch, dass sich trotzdem jedes Jahr durchschnittlich ca. 3.000 Studierende neu in Leipzig anmelden. Bei immer noch weniger Geburten als Sterbefällen ist einzig und allein der Zuzug Grund für das Bevölkerungswachstum von Leipzig, und das war ursprünglich auch die Intention des Zuzugsbonus. Nun fragt man sich, in welcher Bevölkerungsgruppe es überhaupt ein positives Wanderungssaldo, also Zuzug, gibt. Die Antwort lautet: bei den unter 30-Jährigen und ganz besonders bei den unter 25-Jährigen, den Studierenden. Nur dadurch wächst Leipzig – im Jahr 2009 um 3.393 Einwohner. Sinkt nun die Zahl der Ummeldungen der Studierenden oder bleiben diese gar ganz aus, kann dies auf die demografische Entwicklung der Stadt einen katastrophalen Einfluss haben.

Daher wollte unsere Fraktion die Erhöhung des Zuzugsbonus, um langfristig die finanzielle und demografische Entwicklung Leipzigs weiter zu unterstützen und voranzutreiben. Die Stadt und alle anderen Fraktionen gefährden dies mit ihrer Entscheidung zur Absenkung des Zuzugsbonus fahrlässig.

Warum gilt die Umweltzone nicht für Flugzeuge?

von Oliver Fanenbruck



Der aktuelle Luftreinhalteplan der Stadt Leipzig umfasst zahlreiche Maßnahmen, deren bekannteste sicherlich die Einführung der Umweltzone zum 1. März 2011 ist. Innerhalb dieser Zone dürfen Kraftfahrzeuge seither nur noch fahren, wenn sie die grüne Plakette haben.

In der Vergangenheit wurden in Leipzig (an mehr als den zulässigen 35 Tagen pro Jahr) Grenzwerte für Feinstaub (PM10) überschritten. PM10 bezeichnet die Masse aller im Gesamtstaub enthaltenen Partikel, deren aerodynamischer Durchmesser kleiner als 10 µm ist. Ebenso wurde in Leipzig der seit 2010 geltende Grenzwert für das Jahresmittel für Stickstoffdioxid (NO₂) permanent überschritten. Zusammen mit Kohlenwasserstoffen sind Stickstoffoxide für die sommerliche Ozonbildung verantwortlich. Außerdem sind sie an der Überdüngung (Versauerung) von Böden und Gewässern beteiligt. Im Winter trägt NO₂ zudem zur Entstehung von Ammoniumnitrat bei und erhöht damit wiederum die Feinstaubbelastung.

Untersuchungen der Weltgesundheitsorganisation haben das verstärkte Auftreten von Atemwegs- und Herzkreislauferkrankungen bei hoher Feinstaubkonzentration nachgewiesen. Personen mit bereits bestehenden Erkrankungen sind besonders anfällig. Studien ergaben einen Zusammenhang zwischen erhöhter Feinstaubbelastung und einer Verringerung der Lebenserwartung. NO₂ hingegen beeinträchtigt die Lungenfunktion sowie Lungenfunktionsentwicklung bei Kindern, kann zudem Zellschädigungen sowie Entzündungen der Lungenbläschen

verursachen und bewirkt ebenfalls eine Zunahme der Herz-Kreislauferkrankungen. Die Einführung der Umweltzone dient also dem Schutz der Leipziger Bevölkerung. Hauptquellen der Luftschadstoffe Stickstoffdioxid und Feinstaub sind der Luft- und Straßenverkehr sowie Verbrennungsvorgänge in Industrie- und Energieerzeugungsanlagen. In Ballungsgebieten ist der Straßenverkehr die dominierende Quelle.

In den letzten Wochen erhielten wir zahlreiche Anfragen hinsichtlich der Luftbelastung durch den Flugverkehr zum und vom Airport Leipzig/Halle. Ein komplexes Thema. Die Durchsicht des entsprechenden Datenmaterials beim Umweltbundesamt zeigt zunächst, dass Flugzeuge mit Abstand die das Klima am meisten belastenden Verkehrsträger sind:

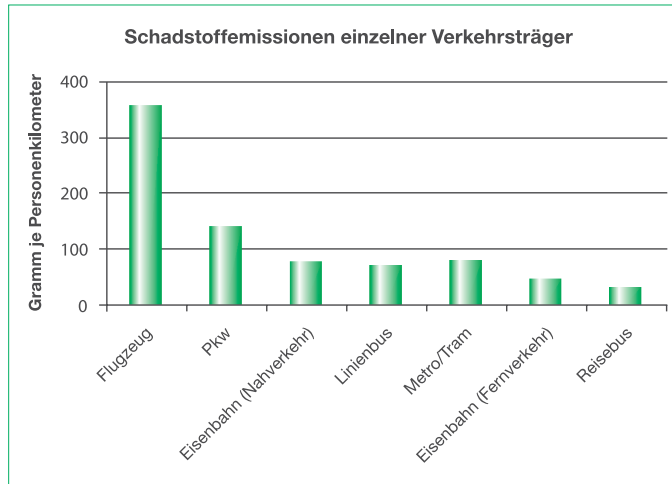


Abb.: Vergleich der Schadstoffemissionen einzelner Verkehrsträger in Gramm je Personenkilometer nach Daten des Umweltbundesamtes aus dem Jahre 2008.

Noch deutlicher wird die Bedeutung der Schadstoffemission durch den alltäglichen Luftverkehr an folgendem Beispiel: Eine amerikanische Militärmaschine wie die MD-11 landet am Airport, wird betankt und startet danach wieder. Freundlicherweise werden nur allein für diesen einen „Landing-Takeoff-Zyklus“ bis zu 42 kg Stickoxide und bis zu 19 kg Feinstaub in und um Leipzig zurückge-

lassen. Ein Pkw der Euro-5-Norm müsste 3,8 Mio. km fahren, um die gleiche Menge an Feinstaub an die Umwelt abzugeben zu können!

Am Flughafen Leipzig/Halle stand nun ein Jahr lang ein einsamer Luftschadstoff-Messcontainer. Seine aktuellen Ergebnisse zeigen allerdings, dass die Grenzwerte bisher alle unterschritten wurden. Ein erstaunliches Phänomen, findet selbst der Umweltbeauftragte des Flughafens, Axel Semrau: „Das Problem sind die Spitzen. Dass etwas in der Luft sein muss, wenn es zeitweise so stark nach Kerosin stinkt, ist klar.“

Ein zukünftiger Antrag von uns zielt daher auf die Ausweitung des Luftschadstoff-Messnetzes um den Flughafen Leipzig/Halle. Doch bis

detailliertere Ergebnisse vorliegen, ist es praktisch nicht nachvollziehbar, warum

der eine oder andere sieben Jahre alte Pkw nicht mehr durch die Stadt fahren darf, während das über Leipzig dröhnende Flugzeug bereits zu einer Zeit entwickelt wurde, als die Welt den „Drei-Wege-Katalysator“ überhaupt noch nicht kannte.

Aller guten Dinge sind drei Bündnisgrüne Initiativen in der Realisierung

von Roland Quester

Fertig: Sanierung und Neugestaltung der Gustav-Freytag-Straße

An der Gustav-Freytag-Straße zwischen der Karl-Liebknecht- und der Bernhard-Göring-Straße gibt es genau zwei Anlieger, die Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur (HTWK) und die Fachhochschule der Deutschen Telekom. Bis auf einen Altbauabschnitt der HTWK sind alle Hochschulgebäude an diesem Standort mittlerweile saniert oder neu errichtet. Zeitgleich mit der Fertigstellung des mit dem Architekturpreis der Stadt ausgezeichneten Medienzentrums- und Bibliotheksgebäudes hatten wir beantragt, auch den ramponierten Straßenraum zu sanieren und neu zu gestalten, um die Umfeldqualität dieses für Leipzig sehr wichtigen Hochschulstandortes als Beitrag zu dessen auch zukünftiger Anziehungskraft auf Studienbewerber aufzuwerten. Diverse Gespräche um Finanzierungsfragen mit der Hochschule und dem Planungsdezernat gingen voraus und folgten, der Antrag wurde positiv im Rat votiert und nun wurden die letzten Arbeiten am neuen Straßenabschnitt ausgeführt. Dieser hat jetzt sanierte Geh- und Fahrbahnen, neue Fahrradbügel und einige Straßenbäume, während das Parken reduziert und stärker auf Hochschulf Flächen verlegt wurde. Wir hätten uns noch eine deutlich stärkere Betonung der Aufenthaltsfunktion gewünscht, dem aber leider die finanziellen Zwänge der Stadt entgegenstanden.

Wird im Herbst gebaut: Lärmschutzwand B2/95

Seit ewiger Zeit bemühten sich die Anwohner insbesondere der Teichstraße in Connewitz um einen verbesserten Lärmschutz an der parallel verlaufenden B2/95 mit ihrem seit 1990 enorm gestiegenen Verkehrsaufkommen. Hoffnungen und Zusagen gab es im Laufe der Jahre viele, die ebenso regelmäßig enttäuscht und wieder abgesagt wurden. Endlich tauchte der Neubau einer Lärmschutzwand im Konjunkturpaket II auf - und wurde von den anderen Fraktionen zugunsten anderer Vorhaben wieder gestrichen. Dann musste die alte Lärmschutzwand aus Standsicherheitsgründen abgerissen und eine Tempobeschränkung auf der Bundesstraße verhängt werden. Jetzt interessieren sich auch andere dafür, wieder



eine Lärmschutzwand zu bekommen und die Tempobeschränkung aufheben zu können. Wir haben die Anwohnerinitiative über längere Zeit unterstützt und insbesondere in ihrem Agieren gegenüber den Ratsfraktionen, der Verwaltung und der Presse beraten und 2010 einen Haushaltsantrag gestellt. 2011 sind die Finanzen - jetzt auch von anderen Fraktionen beantragt und unterstützt - im Haushalt enthalten und eine entsprechende Bauvorlage hat bereits die Gremien passiert. Im Herbst dieses Jahres wird gebaut - doppelt so lang und hoch wie der alte Lärmschutz.

Wird beauftragt: Solardachkataster

Begleitet von sehr kritischen Worten in Richtung Stadtverwaltung für ihr Nichtagieren zogen wir noch im Dezember wegen unklarer Mehrheiten unseren Antrag auf Erstellung eines stadtweiten Solardachkatasters (siehe Ratschlag Nr. 63) im Stadtrat zurück. Jetzt wurde ihm nach einem kuriosen Umweg sehr zeitnah doch noch entsprochen. Ausgerechnet die CDU, erste Ablehnerin unseres Katasterantrages, brachte für den Haushalt einen Antrag zur besseren Vermarktung kommunaler Dachflächen für Solaranlagen ein. Der war in seinem Inhalt nicht sehr logisch - und die Verwaltung, noch einmal in sich gegangen, unterbreitete den Alternativvorschlag, lieber Geld für ein Solardachkataster in den Haushalt einzustellen! Die CDU

wehrt sich, aber wir übernahmen natürlich diesen Vorschlag, und da auch SPD- und Die LINKE-Fraktion jetzt eindeutig mit dabei waren, konnte dieser Beschluss gemeinsam im Haushalt verankert werden. Leipzig bekommt damit eine Stadtkarte im Internet, aus der für jedes Gebäudedach - ob Schule, Einfamilienhaus oder Industriedach - mit einem Klick seine wirtschaftliche Eignung für thermische und photovoltaische Solaranlagen abgelesen werden kann. So können hoffentlich möglichst viele Eigentümer motiviert werden, Solaranlagen zu errichten - ein Gewinn für Klimaschutz, Energiewende und regionale Wirtschaftsförderung.

Neues aus dem Stadtrat



Die heftigen Auseinandersetzungen über die **Leitlinien zur Integration der MigrantInnen** setzten sich bis in die darüber beschließende Ratsversammlung fort. Es ging um fundamentale, von Partei zu Partei unterschiedlich definierte Begriffe wie Integrationsziel, „integriert sein“ und die Gewichtung von Fördern und Fordern. Die zu Grunde liegende Vorlage brauchte sogar das deutsche Grundgesetz als Legitimation. Unserer Fraktion ging es bei aller Kritik an der eigentlichen Vorlage darum, die kulturelle Vielfalt grundsätzlich zu befrworten und das Grundgesetz in diesem Sinne zu leben und auszulegen. Erstmals sprach die Vorsitzende des MigrantInnenbeirats in der Ratsversammlung und warb für die Änderungsanträge ihres Gremiums. Es gehe ihnen um die gleichberechtigte Teilhabe in allen Bereichen des gesellschaftlichen und politischen Lebens, um die Überwindung von Hürden und den Abbau struktureller Benachteiligungen. Bei der Abstimmung wurde in aller Bitterkeit deutlich, dass es noch ein weiter Weg ist, bis in unserer Stadt alle Menschen anstandslos integriert werden. Denn keiner der Anträge zur Änderung aus dem MigrantInnenbeirat wurde von einer ausreichenden Mehrheit angenommen. Nun soll ein Integrationskonzept erarbeitet werden.

„Rahmenordnung für Bürgerbeteiligung“ – viel Lärm um nichts ...

von Ingo Sasama

2009 beauftragte der Stadtrat den OBM, Bürgerbeteiligung in einer „verbindlichen Form“ in Leipzig zu etablieren, und dies „über die gesetzlichen Formen hinaus“. Was jetzt vorgelegt wurde, verdient diese Bezeichnung nicht ...

Eine Arbeitsgruppe unter Hinzuziehung von „Mehr Demokratie e. V.“ hat in den letzten zwei Jahren eine sogenannte „Rahmenordnung zur Bürgerbeteiligung“ erarbeitet. Sie sollte nun vom Stadtrat beschlossen werden. In den Fachausschüssen wurde sie dort mehrfach „geschlachtet“. Jetzt hat der OBM sie ersatzlos zurückgezogen. Schwamm drüber? Nein! Denn es lohnt schon den Blick hinter die Fassade, um das immer noch in weiten Teilen der Verwaltung vorhandene Denken des 19. Jahrhunderts bloßzustellen.

Schon der Grundansatz ist falsch

Es wurde zu Beginn der Diskussion sträflichst von der Stadtverwaltung versäumt, mit den Fraktionen und den BürgerInnen Leipzigs einen Grundkonsens zum Demokratieverständnis herbeizuführen. Auf der einen Seite sind die Vertreter der klassischen repräsentativen Demokratie, die bei einem Mehr an Bürgerbeteiligung Machtverlust befürchten. Auf der anderen Seite die Befürworter der partizipatorischen Demokratie, die wollen, dass diese repräsentative Demokratie auch um zahlreiche Elemente der direkten Demokratie ergänzt wird.

Der Begriff „Bürgerbeteiligung“ und wie man ihn interpretieren kann

Die Erfahrungen von „Stuttgart 21“ und viele Beispiele verkorkster, nicht oder zu spät stattgefundener Bürgerbeteiligungsverfahren auch in Leipzig machen deutlich, dass BürgerInnen immer häufiger insbesondere bei Großprojekten bzw. grundsätzlichen Entwicklungen in der Kommune frühzeitig auch über das „Ob“ mitentscheiden wollen. Die Beschlussvorlage knüpfte zwar an den Gedanken der partizipatorischen Demokratie an, allerdings nur in Form von Mitgestaltung und Mitwirkung. Die Vorlage spricht von BürgerInnen als „Koproduzenten“, Beteiligung wird mit „Gehör finden“ gleichgesetzt. Zweifelhafter „Nutzen“ dieser Rahmenordnung sollte es sein, Bürgerentscheide zu vermeiden. Die



Stadtverwaltung lässt mit dieser Äußerung erkennen, welche Auffassung sie grundsätzlich von gesetzlich legitimierten Instrumenten wie Bürgerversammlungen, -befragungen oder -entscheiden hat. Diese Instrumente bedeuten für die Verwaltung, aber auch für manchen Mandatsträger, in erster Linie ein Versagen von Politik oder Machtverlust. Die BürgerInnen sollen und dürfen nur Empfehlungen abgeben. Ihnen bleibt laut Vorlage nur die Möglichkeit, „ihre Interessen geltend zu machen“.

lich der sogenannte Instrumentenkoffer. In ihm war umfängliches sozialpsychologisches Einmaleins beschrieben (es war leider nicht gekennzeichnet, aus welchem Lehrbuch hier abgeschrieben wurde) – Mittel und Möglichkeiten von Bürgerbeteiligungen. Wie diese in die Praxis übersetzt werden sollen, was für den Stadtrat den wesentlichen Informationsgehalt ausgemacht hätte, blieb die Vorlage schuldig. Auch das wichtige Thema Information



Projekte blieben vage

Wohl aus Angst, bestimmten, dauerhaft in Angst vor den mündigen BürgerInnen lebenden StadträtInnen zu viel zuzumuten, blieb die konkrete Umsetzung vage. Von drei Pilotprojekten war die Rede: ein Investitions-, ein Verzicht- und ein widerkehrendes Projekt. „Zeitnah“ sollte die Realisierung folgen. Betont wird extra der Kostenspareffekt. „Bürgerbeteiligung“ zum Nulltarif? Weltfremdes Wunschdenken!

Belehrungen statt Inhalte

Als Totschläger der Vorlage diente letztend-

wurde nur sehr vage abgehandelt. Zwar sollte eine Information generell bei allen Ablaufschritten in den verschiedenen Bürgerbeteiligungsverfahren erfolgen, doch konkret wurde dies nicht.

Folgen sind unklar

Für mich war diese Vorlage eher gefährlich als nützlich. So musste befürchtet werden, dass nicht nur die einzelnen, bereits sehr gut laufenden und mit Engagement begleiteten Bürgerbeteiligungsprozesse, z. B. im Amt für Stadterneuerung bei Entscheidungen zu stadträumlichen Gestaltungen, gefährdet werden, sondern auch, dass sich das

Gros der Stadtverwaltung weiter hinter den Pilotprojekten nichtstehend verstecken kann.

Auch die Frage nach der Zukunft der Ortschaftsräte oder der Ausweitung des Mitspracherechtes der Stadtbezirksbeiräte könnte u. U. zum Spielball der Stadtpolitik werden.

Fazit

Ziel der Rahmenordnung sollte es letztendlich sein, das alleinige Entscheidungsrecht des Stadtrates und der Verwaltung insgesamt zu zementieren. In seine Schulsprache zurückübersetzt möchte man Herrn Jung mitgeben: Eine glatte Fünf – bitte setzen! Die Mitsprache- und Mitentscheidungsrechte müssen endlich ernsthaft ausgebaut werden. Neben der Mitsprache wollen wir unserem Politikverständnis folgend endlich auch erleben, dass alle BürgerInnen an grundsätzlichen und weitreichenden Fragen zur Stadtentwicklung mittels zahlreichen Bürgerentscheiden zu beteiligen sind. Bürgerentscheide jetzt! Andere machen es längst erfolgreich vor.

Neues aus dem Stadtrat

Der Terminplan für die Einbringung sowie Beschlussfassung des dopplischen Haushalts 2012 einschließlich ggf. des mittelfristigen Haushaltsstrukturkonzepts 2012–2016 steht. Erstmals wird der Haushaltsplan nicht mehr allein auf Grundlage der klassischen Kameralistik erstellt. Die Kameralistik wird fortan ersetzt durch das kaufmännische Rechnungswesen (Doppik = doppelte Buchführung). Die Stadtratsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen meint: Mit der doppelten Buchführung lässt sich kommunal besser wirtschaften. Die Doppik sorgt für Transparenz der Finanzen, Generationengerechtigkeit und optimierte Haushaltssteuerung. Die bisherige kameralistische Buchführung betrachtete das wirtschaftliche Handeln der öffentlichen Hand mehr als einen Vollzug des Haushaltsplanes. Im Vordergrund stand die Nachprüfbarkeit der Ordnungsmäßigkeit, nicht aber des Erfolges.

Verraten und verkauft

von Wolfram Leuze



Beim Einen sterben die Kühe, beim Anderen bekommen die Bullen Kälber (portugiesisches Sprichwort)

Die finanzielle Lage der deutschen Städte – und damit auch die von Leipzig – wird immer bedrohlicher. Die Kommunen – und damit auch Leipzig – sind die Hauptleidtragenden einer egoistischen Finanzpolitik von Bund und Freistaat Sachsen.

Eine wesentliche Besserung dieser misslichen Situation ist derzeit nicht in Sicht, eher droht durch das Auslaufen des Solidarpakts Ost und das Abschmelzen europäischer Fördermittel eine weitere Verschlechterung der Haushaltssituation Leipzigs. Schließlich wird die Einwohnerzahl Sachsens zurückgehen und damit auch das Steueraufkommen. Da ist auch eine weitere Schuldenmacherei in der Hoffnung, die Fata Morgana der Finanzoase, in der Milch und Honig fließen, werde in naher Zukunft Realität, ziemlich verantwortungslos. Dies müssen wir den BürgerInnen klar erklären. Politische Verantwortung zu tragen heißt auch, unangenehme Wahrheiten zu transportieren und nicht nur jedem alles zu versprechen.

Aber befinden wir uns hier nicht in einem Teufelskreis, denn bedeutet, unangenehme Wahrheiten zu verkünden, nicht auch, die Politikverdrossenheit der BürgerInnen zu erhöhen, die mit der Erfüllung ihrer Wünsche hinstehen? Unsere Stadtratskollegen von der Linken

glauben, diese Gefahr erkannt zu haben, und darum versprechen sie jedem alles, ohne sich auch nur im Geringsten um die Einnahmen zu kümmern, welche zur Finanzierung ihrer Versprechungen notwendig sind. Ein Beispiel: Die Linken beantragen, die mindestens 15 Mio. € teure Sanierung der Musikalischen Komödie zu beginnen, lehnen aber gleichzeitig die von der Verwaltung zum Ausgleich des Haushaltes vorgeschlagene Erhöhung des Hebesatzes der Grundsteuer ab.

Es ist aber genau diese Unredlichkeit, welche die WählerInnen an der Politik verzweifeln lassen. Wir alle wissen, dass Einschränkungen, egal ob u. a. im kulturellen, sozialen oder Bildungsbereich, schmerzhaft sind und Betroffenheit auslösen. Aber die Betroffenheit allein hilft uns nicht dabei, die Probleme zu lösen. Und hier sind die mündigen BürgerInnen unserer Stadt gefragt, den sachlichen, ergebnisoffenen und damit konstruktiven Dialog mit den politisch Verantwortlichen zu suchen, dann wird das Ringen um einen ausgewogenen und auch ausgeglichenen Kommunalhaushalt zwar ein mühsames, aber allseits akzeptiertes Geschäft. Verantwortung für das Allgemeinwohl zu tragen bedeutet dabei für uns alle, über den Gartenzaun eigener Interessen hinauszuschauen und den Standpunkt des Anderen ernst zu nehmen und zu reflektieren. Dialog bedeutet dann aber auch, den eigenen Standpunkt in Frage zu stellen. Eine sinn-

volle Diskussion ist dann ausgeschlossen, wenn ein Gewerkschaftsvertreter sowie ein Stadtrat der Linken der Stadtratsfraktion der Grünen unterstellt, sie ließen sich für ihre Entscheidung, dem Anteilsverkauf von HLkomm und perdata zuzustimmen, kaufen – oder sie hätten den Bestand des Naturkundemuseums verraten, nur weil sie sich über seine Neukonzeption Gedanken machen. Mit dieser verleumderischen Totschlagargumentation erstickt man jeden sachbezogenen Meinungsaustausch und vergiftet die Zusammenarbeit unter Demokraten.

Nein, wir Grüne werden den verantwortungslosen Populismus der Linken nicht mitmachen, denn entscheidend für eine gute Politik ist nicht, was den WählerInnen kurzfristig gefällt, sondern was ihnen und ihren Nachkommen langfristig nutzt. Wenn es die finanzielle Situation gebietet, werden wir über die Einschränkung von kommunalen Angeboten mit den BürgerInnen sprechen und um eine Lösung ringen, wir werden aber immer – im Rahmen unserer Möglichkeiten – darauf achten, dass die Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen sozial ausgewogen und im Interesse der Stadt und ihrer BürgerInnen sind. Nur dann ist gewährleistet, dass durch das Sparen nicht die gesellschaftliche und kulturelle Identität Leipzigs verloren geht und nicht der „Wutbürger“ protestiert, sondern der Staatsbürger kooperiert.

Neues aus dem Stadtrat



Das Verspekulieren der Sachsen LB am internationalen Kapitalmarkt mündete am 1. April 2008 in ihren Notverkauf an die Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) und führte zum Rücktritt des sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt (CDU). Nur durch die Verschmelzung der Sachsen LB mit der LBBW konnte die sächsische Landesbank vor einer Pleite bewahrt werden. Dieser Umstand erschütterte auch die Sachsen-Finanzgruppe (SFG). Die Gruppe schrieb Verluste, Ausschüttungen an die Kommunen blieben aus. Letzte Konsequenz: Die Auflösung der **Sachsen-Finanzgruppe**. Darauf verständigten sich deren Anteilseigner im Dezember 2010, darunter auch der Sparkassenverband Leipzig. Ebenso hat unsere Ratsversammlung OBM Jung ermächtigt, im Hinblick auf das Ziel, die SFG aufzulösen, alle einhergehenden Maßnahmen zu ergreifen bzw. die dazu erforderlichen Beschlüsse zu fassen.

Bürgerhaushalt in Leipzig: Das muss anders werden!

von Cordula Rosch



Was bewegt die BürgerInnen, wenn Jahr für Jahr die Finanzen in Leipzig verteilt werden? Kann der Stadtrat als Vertreter der repräsentativen Demokratie die Anliegen und Schwerpunkte erkennen und durchsetzen? Ist es erreichbar, die Bürgerschaft in diese Entscheidungen verbindlich einzubeziehen? 850 Bürgeranträge zum städtischen Haushalt 2011 sind ein überdeutliches Signal für den Willen zur Teilhabe.

Leipzig hatte sich 2007 maßgeblich durch unsere Initiative, aber dann mitgetragen von den Fraktionen von CDU, SPD, und Die LINKE, für die Einführung eines Bürgerhaushalts entschieden. Dieses Leipziger Bürgerhaushaltsmodell sah vor, ab 2007 die zehn Stadtbezirksbeiräte als Träger des Bürgerhaushalts einzusetzen. Die Verwaltung sollte notwendige Straßenbauprojekte im Stadtbezirk vorbringen und vorstellen, und nach der Diskussion im Beirat, günstigenfalls unter Beteiligung der Öffentlichkeit, sollte der Beirat unter Abwägung möglicher Alternativen über diese Projekte entscheiden.

An diese Entscheidung sollte die Verwaltung gebunden sein, aber nicht der Stadtrat. Ihm obliegt weiterhin die Hoheit der abschließenden Entscheidung. Das Verfahren sollte schrittweise durch die Verwaltung begleitet und qualifiziert werden. Diese Weiterentwicklung braucht verwaltungsinterne Unterstützung, wurde von der vormaligen Kämmerin Frau

Kudla aber in keiner Weise mitgetragen, sondern eher blockiert. Das Projekt braucht jetzt dringend neuen Wind, sonst stirbt es einen stillen Tod.

Jetzt ein Beispiel aus dem Stadtbezirksbeirat (SBB) Südwest, in welchem ich Mitglied bin: Der SBB hatte in der vergangenen Wahlperiode aus einer Liste vorgeschlagener Problemstraßen die Sanierung der Buttergasse in Großschocher beschlossen. Anschließend brachte die Stadtverwaltung die Pläne für eine Nobelsanierung dieser Nebenstraße vor.

Die AnliegerInnen gingen massiv auf die Barrikaden, insbesondere wegen der drohenden Ausbaubeiträge. Sie gründeten eine Bürgerinitiative und waren in den Sitzungen vor Ort. Der SBB im Kreuzfeuer zwischen der aufgeregten Anliegerschaft und den Straßenplanern machte die Crux überdeutlich: Es ist unverantwortlich, einen Beschluss herbeizuführen, ohne dass endgültig ausgearbeitete Pläne inklusive aller Risiken und Kosten zu den Vorhaben vorliegen. Der SBB musste zum Thema Buttergasse unbeabsichtigt die Rolle des Vermittlers übernehmen, weil es eine SBB-Entscheidung gewesen war. Letztendlich, nach mühsamem Ringen überarbeitete die Verwaltung die Pläne, entschlackte die Kosten maßgeblich und konnte durch die Vermittlungen des SBB im Einvernehmen mit den Anwohnenden eine akzeptierte Lösung vorlegen.

Heute sind wir als SBB zwar um die Erfahrung einer zähen Entscheidungsfindung weiter,

aber nach wie vor allein gelassen mit dem Thema Bürgerhaushalt. Dem vom SBB getragenen Projektgedanken schwindet leider so langsam die Glaubwürdigkeit und die Relevanz. Der Bürgerhaushalt muss es leisten, mit der Öffentlichkeit über die Verteilung der knappen Ressourcen zu diskutieren. Dazu müssen rechtzeitig alle (belastbaren) Vor- und Nachteile auf den Tisch. Die SBB-Versammlungen könnten dazu weiter das Podium bieten, müssten aber ganz anders aufgezoogen werden.

Der SBB Südwest hat jetzt sein Missfallen am Verfahren offiziell verlaubar. Wir streben eine direkte Beteiligung bei den strategischen haushaltsrelevanten Entscheidungen an: d. h. in welche Bereiche (neben der Straßenunterhaltung) bestimmte Investitionen bzw. Unterhaltungsmaßnahmen gelenkt werden sollen. Zu dem bisher von unserem Beirat praktizierten Verfahren, über Prioritäten der Verwaltung zu beraten, soll der SBB auch ein aktives Vorschlagsrecht erhalten. Allen SBB sollte ein Anhörungsrecht im Stadtrat eingeräumt werden, wenn die in den Haushaltsentwurf aufgenommenen Empfehlungen nachträglich vom Stadtrat geändert werden. Dafür müssen die Kompetenzen der SBB erweitert werden.

STADTRAT LIVE



Seit Januar berichten wir live und immer aktuell auf unserer Webseite über den Verlauf und die Ergebnisse der Abstimmungen ausgewählter, besonders bedeutsamer Entscheidungen im Stadtrat. Vorab kann die Tagesordnung der Ratsversammlung dort eingesehen werden – danach die zusammengefassten Ergebnisse.

Interessenten schicken wir gerne aktuell eine E-Mail mit den neuesten Informationen rund um die aktuellen Ratsversammlungen zu. Möchten Sie das Angebot nutzen? Dann schicken Sie einfach eine kurze Nachricht an gruenefraktion@leipzig.de. Wir nehmen gerne Anregungen und weiterführende Kritiken zum neuen Angebot entgegen. Also: Klicken Sie sich ein!

Vorschlagswesen für mehr ökologisches Handeln in der Verwaltung

von Daniel von der Heide

Einsparpotenzial, welches uns besonders am Herzen liegt, liegt im Sparen und im sparsamen Gebrauch von Energie und Ressourcen. Um in diesem Bereich noch unerschlossene Einsparpotenziale zu entdecken, möchten wir für die MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung die Möglichkeit schaffen, ihre Ideen und Vorschläge für Einsparungen in ihrem alltäglichen Verwaltungshandeln und Arbeitsumfeld einbringen zu können.

Das Ziel unseres Antrages mit dem etwas sperrigen Titel „Vorschlagswesen zur Verbesserung des ökologischen Verwaltungshandels in der Stadtverwaltung“ ist es daher, einen Anreiz für entsprechende Vorschläge zu schaffen, indem die MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung an den finanziellen Einsparungen, die sich für die Stadt bei Energie- und Ressourceneinsparungen ergeben, beteiligt werden.

Neben einer Dienstvereinbarung, die ein solches Vorschlagswesen schafft, sollen nach unserem Antrag auch ein entsprechendes Prämiensystem entwickelt und eine Bewertungskommission eingerichtet werden.

Als geeignete Verbesserungsvorschläge sollen solche gelten, die geeignet sind:

- den Umwelt- bzw. Klimaschutz zu verbessern,
- zum sparsamen Umgang mit natürlichen Ressourcen beizutragen,
- Beeinträchtigungen am Arbeitsplatz durch Immissionen oder Müllentstehung zu verringern,
- die Abfallbeseitigung und Entsorgung zu verbessern sowie
- einen Beitrag zur Steigerung der Energieeffizienz bzw. Energieeinsparung zu leisten.

Das sind im Grunde alles grüne Kernthemen, die aber aufgrund des Kostendrucks mittlerweile auch aus finanziellen Gründen in der Verwaltung attraktiv sind. Dennoch erhoffen wir uns von dem Antrag neben den zu erwartenden Vorschlägen und Einsparungen auch einen Beitrag dazu, dass sich die MitarbeiterInnen der Stadtverwaltung



(mehr) Gedanken über den Energie- und Ressourcenverbrauch machen und das Bewusstsein für die umweltrelevanten und finanziellen Auswirkungen des eigenen Handelns (weiter) steigert. Ein wichtiger Aspekt dabei ist, dass die Vorschläge natürlich auch den eigenen Arbeitsbereich betreffen können. Dies wird in der bisherigen Dienstvereinbarung zum Vorschlagswesen noch ausgeschlossen. Dabei ist doch offensichtlich, dass die MitarbeiterInnen vor allem am eigenen Arbeitsplatz Probleme sehen und diese verbessern möchten und können. Ein Vorschlagswesen sollte nicht von der Furcht geprägt sein, dass ja tatsächlich Vorschläge kommen könnten und dann etwa tatsächlich Prämien ausgezahlt werden müssten. Wer eine gute Idee hatte, welche zu Einsparungen geführt hat oder führen kann, dem-/derjenigen sollte die Prämie auch von Herzen gegönnt werden.

Die Vorteile eines attraktiven Anreizsystems haben andere Verwaltungen schon erkannt: Unser Antrag basiert zu großen Teilen auf einer entsprechenden Dienstvereinbarung aus Plauen. Auch hatte der Deutsche Städtetag bereits 2009 auf die Bedeutung des Nutzerverhaltens hingewiesen und bewährte Anreizmodelle vorgestellt.

Deshalb erhoffen wir uns entsprechende Unterstützung nicht nur im Stadtrat, sondern auch in der Verwaltung. Denn dieses Vorschlagswesen muss mit Leben gefüllt, bekannt gemacht, genutzt und die eingehenden Vorschläge nicht nur umgesetzt, sondern auch öffentlich gebührend gewürdigt werden. Nur dann kann unser Antrag ein Erfolg werden, eine Mehrheit im Stadtrat wäre nur der erste Schritt.



Neue Sitzgelegenheiten in der Innenstadt

Unsere Fraktion setzt sich für den **Erhalt eines SB-Angebotes der Sparkasse in Dölitz** ein und fordert den Oberbürgermeister auf, sich dafür in seiner Funktion als **Verbandsvorsitzender** starkzumachen. Nach dem Beschluss des Zweckverbands Stadt- und Kreis-sparkasse Leipzig soll die Sparkasse in Dölitz ersatzlos aufgegeben werden. Die Filiale hat aber einen großen Kundenstamm, Schließungsgründe sind andere und betreffen vor allem das **saniierungsbedürftige Haus**. Wir setzen uns für eine Alternative ein, für die alltäglichen Nutzer und die tausenden Gäste der monatlichen und jährlichen (Groß-) Ereignisse auf dem **agra-Messegelände** (Antik- und Gebrauchtwarenmarkt sowie Wave-Gothik-Treffen). Dölitz würde wieder einen wichtigen Akteur vor Ort verlieren. Es gibt genügend leerstehende Ladenlokale entlang der **Bornaischen Straße** in Dölitz oder alternativ in Löbnig.

Unser Antrag **„Wirtschaftliche Bemessung der Kosten der Unterkunft“** ist schon seit November 2010 im Verfahren. Die Verwaltungsspitze kann sich allerdings seit 4 Monaten nicht auf einen Standpunkt dazu einigen, das Verfahren zieht sich auffällig und unnötig in die Länge. Katharina Kreffth hat sich dem ungeachtet in mehreren abendlichen Runden mit Experten über die Vor- und Nachteile einer Anhebung der Kosten der Unterkunft beraten. Dabei wurden wir informiert, dass nicht die **Wohnungsgenossenschaften** die größten Vermieter für KdU-Berechtigte sind, sondern in der Überzahl **Privatvermieter KdU-gerechten Wohnraum** zur Verfügung stellen. Einige der Wohnungsgenossenschaften hatten die Anhebung der KdU in die öffentliche Diskussion gebracht. Es wurde über die **zwangsläufigen Auswirkungen** einer Erhöhung der qm-Kaltmiete von derzeit 3,85 € für KdU auf die sonstige allgemeine Mietentwicklung bedacht. Dennoch: Beim Sozialgericht gehen zu viele Klagen ein, zu vielen muss in Leipzig stattgegeben werden, weil die Ansprüche nicht ausreichend gesichert sind.

Es muss auf jeden Fall etwas passieren. Wir haben daher auch beantragt, dass diesen Beschluss jetzt der Stadtrat fassen muss.

Nachdem wir uns letztes Jahr mit einem grundsätzlichen Antrag für die Einrichtung neuer Sitzgelegenheiten in der Innenstadt erfolgreich engagiert und in den Haushaltsverhandlungen 2011 auch entsprechende Mittel (45 T €) erstritten hatten, wurden wir nun in einem Gespräch beim Amt für Stadtgrün und Gewässer über die Planungen informiert und konnten auch unsere Vorstellungen einbringen. Wir haben das Gespräch genutzt, um deutlich zu machen, worum es uns geht: Es müssen nichtkommerzielle Aufenthaltsmöglichkeiten vorhanden sein, um die Aufenthaltsqualität im Zentrum Leipzigs für jede/n spürbar zu verbessern. Die uns vorgestellten Planungen sehen verschiedene Erweiterungen des Sitzangebotes in der Innenstadt vor: Der Großteil der für dieses Haushaltsjahr vorgesehenen Mittel werden dafür ver-

So richtig weiß es eigentlich niemand mehr, seit wann am **Burgplatz** eine riesige Baugrube, verdeckt durch einen ästhetisch fragwürdigen Bauzaun, besteht. Noch weniger ist bekannt, ob wann was dafür oder damit unternommen möchte. Als Antwort auf unsere Anfragen in der letzten Wahlperiode hatte die Verwaltung zugesagt, Wege zur Beseitigung der Baugrube aufzuzeigen, sollte nicht innerhalb einer gewissen Frist mit dem Bau begonnen werden. Doch im Rathaus scheint man sich an den derzeitigen Anblick des Burgplatzes so sehr gewöhnt zu haben, dass Baugrube und Bauzaun gar nicht mehr auffallen, geschweige denn stören. Während sich die Innenstadt ansonsten prächtig entwickelt, Bebauungspläne für den **Wilhelm-Leuschner-Platz** erstellt und Architekturwettbewerbe zum Areal am Bayerischen Bahnhof entschieden werden, schläft der Burgplatz weiter einen Dornröschenschlaf. In Ermangelung anderer Handlungsalternativen, der Einfluss des Stadtrates ist leider auch nicht unbegrenzt, stellen wir nun für die Ratsversammlung im April erneut eine Anfrage, wie sich die Gespräche mit dem Investor entwickelt haben und was die Verwaltung zu tun gedenkt, damit sich noch dieses Jahr etwas ändert am Burgplatz, direkt neben dem Rathaus.

wendet werden, an der Grünfläche am Thomaskirchhof die Sitzgelegenheiten zu erneuern und zusätzliche zur Verfügung zu stellen. Durch Bänke rund um die vorhandenen Bäume sollen deren Baumscheiben umbaut und damit geschützt werden. Das Sitzplatzangebot wird damit um beachtliche 120 Meter erweitert werden. Es entstehen viele zusätzliche Schattenplätze. Im Zuge der Erweiterung der Fußgängerzone in der Petersstraße bis zur Schillerstraße sollen von den eingestellten 45 T € außerdem zwei neue Sitzbänke installiert werden. Uns wurde außerdem zugesagt und auf Entwurfsplänen vorgestellt, dass auch bei den in naher Zukunft bevorstehenden Umbau- und Entwicklungsmaßnahmen in der Innenstadt, wie z. B. am Richard-Wagner-Platz und im Zuge der Brühl-Bebauung weiterhin großzügig Sitzgelegenheiten bedacht worden sind. K. Kreffth machte beim Gespräch darauf aufmerksam, dass sie auch im Salzgässchen und am Spielplatz in der Reichsstraße ausreichend Platz feststellt und die Notwendigkeit erkennt, dort Sitzgelegenheiten einzurichten.

Bürgerforum zur neuen Frischmarkthalle

Lange hat es gedauert – jetzt wird es ernst: Der Bau der neuen Markthalle rückt in greifbare Nähe! Inzwischen ist ein Grundsatzbeschluss des Stadtrates zur zukünftigen Nutzung des Gesamtareals im Verfahren, noch in diesem Jahr dürfte so Baurecht zu erwarten sein und das Grundstück für einen Investor ausgeschrieben werden. Grund für uns, das mit hochkarätigen Experten in einer Anhörung öffentlich zu erörtern.

Daher veranstalten wir am 11. Mai 2011, 19 Uhr, Ringcafé ein Bürgerforum.

Teilnehmen werden: Martin zur Nedden – Baubürgermeister der Stadt Leipzig Patrik Fahrenkamp – Stadtbau Leipzig AG als möglicher Investor (angefragt) Karl Kübler – Geschäftsführer Märkte der Stadt Stuttgart (angefragt) Moderation: Ingo Sasama, Stadtrat



Ratsspieß

Auf die Bitte von Stadtrat Rothkegel (CDU), seine Redezeit zu verlängern, stellte Ingo Sasama unvermittelt die Bedingung: „Nur wenn es interessant wird!“



Als politisch völlig verwirrt outete sich jetzt Stadtrat Schlegel (Die LINKE.) mit folgender Bemerkung: „Ich habe einen Wählerauftrag vom Ortschaftsrats ...“



Das bei seinem Amtsantritt laufende Verfahren, die Doppik in der Stadtverwaltung einzuführen (NKF), habe Bürgermeister Bonew sofort gestoppt, um die Fehler nicht noch fortzusetzen. Er beschreibt diese Amtshandlung mit einem vielsagenden Seitenblick zu unserer Fraktion folgendermaßen: „Ich habe auf rote Ampel geschaltet, obwohl ich ‚grün‘ sehr schätze ...“



Ein angemessenes Obrigkeitsverhalten gegenüber seinen MinisterInnen forderte Stadtrat Hobusch (FDP), indem er die StadträtInnen aufforderte, doch zur Landesregierung nicht immer zu sagen „wir wollen“, sondern bitte in Zukunft „wir möchten bitte“ ...



Fraktionschef Leuze zum stets schläfrig wirkenden Wirtschaftsbürgermeister Albrecht (CDU): „Eine gute Arbeitsmarktpolitik wird gemacht und nicht geruht!“

Die LINKE-Fraktionsvorsitzende Lauter zu Finanzbürgermeister Bonew: „Vielleicht bereiten Sie ja in guter Tradition schon ihren Absprung vor.“



Malte Reupert reagiert während der Verhandlungen im Stadtrat zum Haushalt 2011 auf Stadträtin Witte (Die LINKE.): „Frau Witte, die Stadtmeisterschaften im Ausgehen nicht vorhandenen Geldes haben Sie schon längst gewonnen.“



Bert Sander (WVL) zum Erhalt von Radio Blau: „Wir Stadträte sollten dem Dilettantismus gegenüber Wohlwollen zeigen, denn er ist auch uns zu einem nicht geringen Maße eigen.“



Und völlige neue Qualitäten bescheinigte der OBM jetzt Wolfram Leuze, als er dessen Einsatz zum Schließen des Eingangs so kommentierte: „Mit einer eleganten Doppelbewegung schwingt er die Türen ins Loch.“



Dem über den bildungspolitischen Wert von Turmbesteigungen sinnierenden Stadtrat Herrmann (Die LINKE.) hielt Fraktionschef Wolfram Leuze entgegen: „Das ist keine politische Bildung, sondern körperliche Tätigkeit.“ Und die in gleicher Rede gestellte Frage von Herrmann, wie man denn sonst die Schüler ins Rathaus kriegte, empfahl Bürgermeister Bonew (CDU) spontan: „Mit der Straßenbahn.“



Ratsreporter Rudi berichtet exklusiv: Grüne bei Klientelpolitik erwisch!

So! Nun ist es also heraus – die Maske ist vom Grünen Gesicht gerissen! Wir machen Klientelpolitik! Reine natürlich! Erkennt hat das LINKE-Stadtrat Engelmann. Sie wissen, dass ist jener, der vor Jahren bei der Stadtwerke-Privatisierungsdiskussion den Verkauf von HL-komm und Perdata vorgeschlagen hat und jüngst, als der OBM genau das Selbe tat, am lautesten Zeter und Mordio geschrien hat. Also eben jener Herr Engelmann wirft den Grünen in der LVZ mangelnde Konsequenz vor. Weil wir eben nicht sofort und zuerst alle Heizpilze verbieten wollen, sondern

auf Vernunft und ein sich entwickelndes Umweltbewusstsein setzen, wollen wir mit der Dehoga eine freiwillige Kampagne zu mehr Umweltschutz im Gaststättengewerbe – also einen freiwilligen Verzicht statt Verbot. Nach Herrn Engelmann wollen wir damit unser Klientel, „was ja gerne draußen sitzt“, wohl bloß „nicht verschrecken“. Recht hat er! Wir finden es sogar gut, dass „unser Klientel“ gerne draußen sitzt, sowieso eine große Freude am Leben hat, den Sonnenschein, Klassik am dem Markt und die grüne Natur genießt, auch, dass „unsere Klientel“ gerne mit ihren Kindern im Park Fußball spielt und auch sonst mal genussvoll lebt. Und das Ganze sogar noch umweltbewusst... Und dazu wollen wir auch zukünftig gerne beitragen!

Ratschlag kostenlos!

Möchten Sie den „RATSCHLAG“ regelmäßig mit der Post zugeschickt bekommen? Dann schicken Sie den ausgefüllten Coupon an: **Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig Stadt Leipzig · 04092 Leipzig**

VORNAME, NAME

STRASSE

ORT

PLZ

oder senden Sie eine email an: **GrueeneFraktion@Leipzig.de**

Impressum

Herausgeber: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig Neues Rathaus / Zimmer 103 Martin-Luther-Ring 4 - 6 04109 Leipzig

Tel: 123-2179 / Fax: 123-2175 E-Mail: GrueeneFraktion@leipzig.de www.grueene-fraktion-leipzig.de

Konto für „Ratschlag“: Stadt- und Kreissparkasse Leipzig BLZ 860 555 92 Konto-Nr. 1194900638

Redaktion: Ingo Sasama (V.i.s.d.P.), Cordula Rosch, Daniel von der Heide

Fotos und Abbildungen: A. Gleiser (S.7), A. Birkigt (Oper) (S.10), www.buergerbegehren-leipzig.de (S.11), comcores, Fraktionsgeschäftsstelle

Druck: Druckerei Hennig 04416 Markkleeberg Magdeborner Straße 7

Auflage: 1.800



Wolfram Leuze
Fraktionsvorsitzender
Jurist i. R.
Jahrgang 1939
verheiratet, 2 Kinder

FA Kultur (Vorsitzender), Verwaltungsausschuss, Ältestenrat, FA Finanzen, BA Kulturstätten, AR LVV, VV ZV Stadt- und Kreissparkasse, Kinder- und Familienbeirat



Norman Volger
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender
Geschäftsführer
DAKS e. V.
Jahrgang 1978
verheiratet, 1 Kind

FA Umwelt/Ordnung, FA Jugend/Soziales/ Gesundheit und Schule, Vergabegremium VOL, AR KWL, AR BBVL, Tierschutzbeirat



Roland Quester
Leiter der Leipziger Umweltbibliothek
Jahrgang 1965
Lebensgemeinschaft,
4 Kinder

FA Stadtentwicklung und Bau (Vorsitzender), AR Stadtwerke, VV ZV Neue Harth, Kinder- und Familienbeirat



Ingo Sasama
Fraktionsgeschäftsführer
Jahrgang 1960
verheiratet,
3 Kinder, 1 Enkel

Grundstücksverkehrsausschuss, FA Sport, FA Allgemeine Verwaltung, Petitionsausschuss, AR LWB, AR LECOS



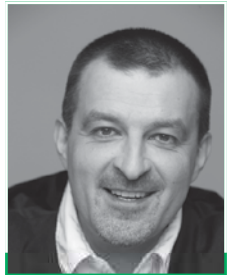
Cordula Rosch
Referentin
Jahrgang 1968
verheiratet, 3 Kinder

Stadtbezirksbeirat Südwest, Fachforum Wohnhilfen, AG Recht auf Wohnen



Annette Körner
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Betriebliche Umweltbeauftragte, Geschäftsführerin Förderverein UiZ
Jahrgang 1962
3 Kinder

Jugendhilfeausschuss / + UA Finanzen, Vergabegremium VOB, Umlegungsausschuss, AR LWB, VV ZV Stadt- und Kreissparkasse, VV ZV Parthenaue, Migrantenbeirat



Dr. Oliver Fanenbruck
Physiker
Jahrgang 1963
verheiratet
Grundstücksverkehrsausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss,
FA Umwelt/Ordnung,

BA Stadtreinigung und Bestattungswesen, AR Stadtwerke, AR LGH, VV ZAW, OR Lützschena-Stahmeln



Malte Reupert
Bio-Landwirt
Inhaber „Biomare“
Jahrgang 1970
Patchwork-Familie,
4 Kinder

FA Finanzen, FA Wirtschaft und Arbeit, Rechnungsprüfungsausschuss, AR LVV, AR PUUL



Michael Schmidt
Arbeitnehmerberater
Jahrgang 1977
Lebensgemeinschaft,
2 Kinder

Jugendhilfeausschuss, FA Sport, BA Jugend/Soziales/Gesundheit, AR Sportbäder, AR LVB



Daniel von der Heide
Assistent
Jahrgang 1983



Katharina Krefitt
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende
Ärztin
Jahrgang 1978
verheiratet, 3 Kinder

Verwaltungsausschuss, FA Jugend/Soziales/ Gesundheit und Schule, AR BBVL, AR St. Georg, AR Städt. Altenpflegeheime, Gleichstellungsbeirat



Ansgar Maria König
Sänger
Jahrgang 1960
verheiratet, 4 Kinder
BA Kulturstätten,
FA Wirtschaft und Arbeit
BA Jugend/Soziales/
Gesundheit, Bewertungs-

ausschuss, AR LVB, AR LEVG + LEVG & Co. KG, Leipziger Stiftung InnoTec, Regionaler Planungsverband Westsachsen



Bert Sander (WVL)
Freiberuflicher Lektor
Dozent
Jahrgang 1960
verheiratet, 2 Kinder

Verwaltungsausschuss, FA Kultur, FA Allgemeine Verwaltung, FA Stadtentwicklung und Bau, AR Zoo, VV ZV Kulkwitzer See

Legende:

- FA = Fachausschuss
- BA = Betriebsausschuss
- AR = Aufsichtsrat
- OR = Ortschaftsrat
- VV = Versammlungsversammlung